

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Ami Dresden Nr. 31 308
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Danzon-Verlag: Stadthaus Dresden, Stralosse Platz Nr. 666
Postfach-Nr.: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II und III. Verwaltungsbereich) der Gemeinden Wachwitz, Niederporitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drach, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Ami, Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 50spaltige Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Resten die 4 gespaltene Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Resten mit Platzvorschriften und schwierigen Sacharten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zellenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattpflicht erfüllt: k. verpfl. Zahlung, Abg. d. Konf. d. Lufttragverbr.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

180

Mittwoch, den 5. August

1925

Die Zusammenkunft Briands mit Chamberlain verschoben

Regierungsmaßnahmen zur Milderung des Optantenelends. — Severings Schuld? — Ruhe nach dem Sturm im Reichstag. — Unwetter Schäden im Reich und im Ausland

Briands Reise nach London

„Leuvre“ glaubt zu wissen, daß die Reise Briands nach London wahrscheinlich am kommenden Montag, den 16. August erfolgen werde. Die Morgenpresse betont übrigens, die Reise sei wegen der wichtigen Debatte verschoben worden, die im englischen Unterhaus in der „Briand-Affäre“ angeregt werden werde. „Journal“ hebt hervor, die Zusammenkunft zwischen Briand und Chamberlain sei das einzige Mittel, um die allgemeine Konferenz in der Sicherheitsfrage zu vermeiden, der der Luan d'Oran mitsprach gegenüberstehe. Die Begegnung sei nach diesem Blatte nicht vor Beginn, sondern erst für das Ende der kommenden Woche in Aussicht genommen.

Die deutschen Gegenmaßnahmen gegen Polen

(Eigener Informationsdienst.)
Wie wir hören, haben in den letzten Tagen bereits 5000 polnische Optanten freiwillig Deutschland verlassen, noch ehe die deutschen Gegenmaßnahmen eingeleitet werden brauchten. Für die deutschen Zwangsmaßnahmen werden also zahlenmäßig nur sehr wenige polnische Optanten in Frage kommen. Unter den polnischen Optanten befinden sich zum großen Teil Industriearbeiter aus Rheinland und Pfalz, die jetzt Deutschland verlassen müssen. In den deutschen Regierungskreisen ist man entschlossen, weiterhin nach dem Grundsatze zu verfahren, daß bei der Durchführung der deutschen Gegenmaßnahmen mit der größten Rücksichtnahme und Milde vorgegangen wird. Teilweise soll sogar die Absicht bestehen, für besondere Verhältnisse Zugeständnisse zu machen, sobald Polen keinerlei Veranlassung haben wird, sich über das deutsche Vorgehen zu beschweren.

Der Ertrag der neuen Steuern

Auf Grund der neuen Steuern die der Reichstag in den nächsten Tagen bewilligen soll, beläuft sich die Gesamteinnahme des Deutschen Reiches für das laufende Rechnungsjahr nach einer von der Vossischen Zeitung veröffentlichten Uebersicht auf rund 7,705 Milliarden Mark. In diesem Betrage sind die von den Ländern und Gemeinden selbstständig erhobenen Steuern nicht einbezogen.

Aufwertungsverbände und Sozialdemokratie

(Eigener Informationsdienst.)
Wie wir hören, sind die Vorstände der Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungs- und Sparer-Organisationen mit verschiedenen politischen Parteien in Verhandlungen eingetreten, um gemeinsame Vorbereitungen für die Durchführung eines Volksbegehrens in der Aufwertungsfrage zu treffen. Da es in der Hauptsache darauf ankommt, die notwendigen Stimmen zur Herbeiführung eines Volksentscheides aufzubringen, wird die Sozialdemokratie hierbei eine große Rolle spielen. Wie es heißt, haben die Sozialdemokraten ihre Stellung davon abhängig gemacht, daß die Aufwertungsverbände sich mit den Vorkämpfern auf einen gemeinsamen Programmtext einigen, der die neuen Aufwertungsforderungen enthalten soll.

Die Spritzgeschäfte der Reichsmonopolverwaltung

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat einen Antrag eingebracht, wegen der Vorfälle bei der Reichsmonopolverwaltung

Schneidemühl

Eine Erklärung des Auswärtigen Amtes

Das Auswärtige Amt läßt erklären, daß es in der Frage der Abwanderung der deutschen Optanten aus Polen durch seine Vertretungen dortselbst von vornherein, d. h. mindestens seit vier Monaten, über die in Frage kommenden Personen unterrichtet war und durch erhebliche Vertretungen des Personals dieser Vertretungen, durch Einrichtung inshoreer Abwanderungsstellen in Polen und durch entsprechende finanzielle Maßnahmen alles getan hat, um eine reibungslose Abwanderung der Optanten sicherzustellen. Alle diese Vorbereitungen ergaben in englischer Fühlungnahme mit dem für die innere Verwaltung zuständigen Ressorts, die ihrerseits für Weiterleitung, Unterbringung und Arbeitsbeschaffung der Optanten innerhalb des Reiches zu sorgen haben. Diese Stellen waren auch bereits seit Monaten über die Zahl der abwanderungspflichtigen Personen durch das Auswärtige Amt unterrichtet.

Berspätete Hilfsmaßnahmen

Die neuen Maßnahmen, die der Innenminister Seering auf Grund seines Besuchs im Lager Schneidemühl getroffen hat, erwecken besonders im Spiegel der Kritik der Reichspresse den Eindruck, daß die Hilfsmaßnahmen für die Optanten zu spät eingeleitet haben und infolgedessen jetzt überflüssig nachgeholt werden müssen.
Zur Frage der Entfernung der polnischen Optanten aus Deutschland wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die bisherige Auswanderung deutscher Optanten aus Polen lediglich auf Ausweisungsbefehle zurückzuführen ist, die am 29. Februar ausgegeben wurden. Solche Ausweisungsbefehle sind sowohl allen deutschen Optanten in

tung einen Ausschuss einzusetzen, der nach Wiederausbruch des Reichstages die Ursachen der Unregelmäßigkeiten feststellen und Vorschläge zur Abhilfe im Reichstage unterbreiten soll.

Um die Anerkennung der Vorkriegsnoten

Eine Protokollversammlung der Reichsbank, gläubiger für Anerkennung der Vorkriegsnoten, die gestern in Berlin stattfand, nahm einen sehr stürmischen Verlauf. In der Versammlung wurden heftige Angriffe gegen die Reichsbank und ihren Präsidenten Dr. Schacht vorgebracht. Es wurde zum Schluß eine Entschließung angenommen, in der ein Einvernehmen der Reichsbank gefordert wird, der die Reichsbank zur Innehaltung ihrer Verbindlichkeiten anzuhalten habe. Die Direktoren der Reichsbank sollten vor den Staatsgerichtshof gestellt werden und ein Untersuchungsausschuss des Reichstages die Schuld an der Inflation ermitteln. Auch wurde verlangt, daß der Justizminister gegen die Direktoren der Reichsbank ein Verfahren wegen Betruges einleiten soll.

Der Parteitag der sächsischen Sozialdemokraten

Der Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokraten, der ursprünglich sechs Tage vor dem Reichsparteitag stattfinden sollte, ist jetzt auf einen noch nicht näher bestimmten Termin nach dem Weidener Parteitag verschoben worden. Sollte man ursprünglich beabsichtigt, den Reichsparteitag vor fertige Beschlüsse über den Konflikt mit den gemäßigten Landtagsabgeordneten zu stellen, so glaubt man jetzt wahrscheinlich, daß die Mehrheit in Weidener sich auf die Seite der — linkssozialistischen — sächsischen Parteioffiziere schlagen werde,

Polen als auch den polnischen Optanten in Deutschland ausgestellt worden. Die deutschen Optanten in Polen sind durch das schändliche Verh. des polnischen Verwaltungsbüros zur Auswanderung genötigt worden. Polynische Gewalt ist ihnen gegenüber nicht zur Anwendung gebracht worden. Das Recht dazu hat die polnische Regierung erst mit dem 3. August erhalten und die Regierung wartet doch ab, ehe sie polynische Maßnahmen gegen die ausgemieteten polnischen Optanten ergreift, auf Nachrichten, ob polynische Maßnahmen gegen die noch in Polen verbliebenen Optanten ergriffen worden sind.

Gegen die Einbürgerung von Polen in deutschen Städten

Im Zusammenhang mit dem völkischen Antrag im Bayerischen Landtag auf Ausweisung der Polen aus Bayern nahm der Stadtrat in München einen nat.-sozialistischen Antrag an, durch den dies auf weiteres Einbürgerungen von Polen in München nicht mehr vorgenommen werden. Dieser Beschluß wird dem Bayerischen und dem Deutschen Städtebund zur Kenntnis gebracht mit dem Ersuchen, daß auch die anderen Städte in gleichem Sinne verfahren mögen.

Amerikanhilfe für Schneidemühl

Der amerikanisch-deutsche Liebesgabenverein in New York hat dem Kommandanten des Durchgangslagers Schneidemühl, Oberst Egeln, telegraphisch mitgeteilt, daß sich in New York Hilfsstellen gebildet haben, die den besonders bedürftigen vertriebenen Optanten Liebesgabenpakete senden wollen. Die gewünschten Adressen werden den genannten Komiteestellen zur Verfügung gestellt werden.

so daß dem sächsischen Parteitag nur noch übrigbleibe, das Strafgericht zu vollenden.

Die wirtschaftlichen Nöte des Rheinlandes

Im der Mitgliederversammlung des Vereins für Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und in Westfalen ging der Vorsitzende auf die schweren Sorgen der Wirtschaft ein, die vor allem auf dem Grundstock der Industrie, Kohlen und Eisen lasten und beweisen, daß die häufigen Wankungen der Industrie, die Substanz zu schonen, nur allzu berechtigt waren. Die Zwangswirtschaft im Vorkriege und die ins Unabsehbare gehende soziale Belastung könne von der Wirtschaft nicht länger ertragen werden. Die Mehrbelastung der deutschen Wirtschaft für soziale Fürsorge betrage nach Annahme der Steuererlässe 1,5 Milliarden Mark mehr gegenüber der Belastung von 1914. Vor allem habe auch die untragbare steuerliche Belastung diese Krise herbeigeführt. Dr. Krüger kritisierte die Zwangswirtschaft in der Arbeitskraft, die nicht abgebaut, sondern im Gegenteil immer mehr ausgebaut worden sei. Er stellte dem Steigen des Lebenshaltungsindex seit Jahresbeginn unverhältnismäßig geringere Löhne gegenüber und betonte, daß diese Entwicklung dazu führen müsse, immer größere Teile der Industrie stillzuliegen. Im Gegensatz zu diesen Vorkriegsbedingungen sehe eine dauernde Herabsetzung der Arbeitskraft.

Um die Aufhebung der Wisa

Nach einer Mitternachtsmeldung aus Wien hat die österreichische Regierung den Regierungen von Frankreich, der Tschechoslowakei und der Schweiz die Aufhebung des Paktums vorgeschlagen. Wie verkantet, soll sich die italienische Regierung bereits grundsätzlich dazu bereit erklärt haben.

Raum in den Städten sparsamer gewirtschaftet werden?

In der Frage des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ist das letzte Wort noch immer nicht gesprochen. Die Länderregierungen wie die Gemeindeverwaltungen beharren auf ihren Forderungen gegenüber der Reichsfinanzverwaltung, indem sie betonen, daß es ihnen möglich sei, eine sparsamere Wirtschaft zu treiben. In dem nachstehenden Artikel, der von einem hervorragenden Mitglied einer großen westlichen Stadtverwaltung herrührt, wird im Gegenfalle zu dieser offiziellen Stellungnahme der Standpunkt vertreten, daß die Kommunen sich den durch die Gesamtlage des Reiches und der Wirtschaft bedingten Notwendigkeiten unweigerlich anzupassen hätten.
Die Rech.

Durch den neuen Finanzausgleich sollen die Länder und besonders die Gemeinden zur größeren Sparsamkeit in ihrer Ausgabenwirtschaft angehalten werden. Das war auch der Grund, warum diese Neuregelung sich zu einem schweren Konflikt zwischen Reich, Ländern und Gemeinden auszuwickeln drohte. Aber die Gemeinden müssen doch schließlich einsehen, daß eine Erleichterung der im Rahmen des Jahres 1924 einfach nicht weiter tragbaren Steuerlasten unbedingt erfolgen muß. Wie eine Abordnung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie kürzlich bei einem Empfang durch den Reichsfiskus darlegte, sind im Jahre 1924 elf Milliarden Goldmark an Steuern bezahlt worden, und zwar größtenteils nicht aus dem Ertrag, sondern aus durch Kredite mobilisierter Substanz. Aus den aus der Substanz der Wirtschaft herausgehölenen Steuererträgen, also aus laufenden Mitteln, haben diese Gemeinden ihrerseits ihre Substanz vermehrt, durch Bau von Theatern, Stadien, Kassen- und Ausstellungshallen, Hafenerweiterung, Ankauf von Landgütern und Weingärten, Einrichtung von Wasserwerken, reichlichen Ankaufen von Baugrundstücken und dergleichen mehr.

Für die Ausgabenerleichterung der Gemeinden liefert eine von kommunaler Seite vorgenommene statistische Untersuchung bei 67 Städten des Ruhrgebietes interessante Belege. Danach stiegen gegenüber der Vorkriegszeit die Aufwendungen für öffentliche Ausgaben der Gemeinden um 72 Prozent, die Aufwendungen für freiwillige Ausgaben um 157 Prozent. Der Zuschußbedarf für Volkshochschulen stieg von 3,17 Mark in 1914 auf 12,34 Mark pro Kopf im Jahre 1925. Der Zuschußbedarf für Schulen ist um 55 Prozent, von 12 auf 18 Mark pro Kopf gestiegen, obwohl der preussische Staat infolge der Erhöhung des Staatsanteils an den Volkshochschulen bereits an Mehraufgaben für das Volksschulwesen nicht weniger als 255 Millionen Mark zu tragen hat. Die Gesamtausgaben der unteruchten Gemeinden sind um 74,5 Prozent gestiegen, die Steuerertragsbelastung ist von 24 auf 79 Millionen Mark angestiegen. Kennzeichnend wie bei den Gemeinden des Ruhrgebietes liegen auch die Verhältnisse bei den anderen Städten. Gewiß ist es nicht zu leugnen, daß infolge des Krieges und der Währungsverteilung besonders die Ausgaben und Ausgaben der städtischen Verwaltung gestiegen sind und daß neue, auch angesichts unserer schwierigen Wirtschaftslage nicht aufschiebende Pflichten den Gemeinden auflagen, aber die großen Gesichtspunkte, die von den Vertretern der Industrie geltend gemacht wurden (Vereinfachung der Verwaltungs- und Geschäftsbearbeitung, Verrückung der Gemeinden auf kulturellem Gebiet, Verschlebung aller nützlichen, aber nicht lebensnotwendigen Aufgaben und Projekte auf eine bessere Zeit) finden zweifellos in der gesamten Bevölkerung lebhaftes Echo.

Deshalb ist es ein peinliches Schauspiel, zu sehen, wie gerade die Vertreter der größten Länder und die Oberbürgermeister der größten Städte die vom Gesamtinteresse des deutschen Volkes gebotenen Finanznotwendigkeiten mit erkauflicher Hartnäckigkeit und Rücksichtslosigkeit gegenüber dem ausgepumpten Steuerzahler bekämpfen. Manche Leiter